

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 65 (1986)
Heft: 11

Artikel: Die SPD lehnt ein Bündnis mit den Grünen bei der Bundestagswahl ab :
noch ist der Graben zu tief
Autor: Hartmann, Horst
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340406>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

und persönlichem Besitz anstreben.

Es ist ein Irrtum, zum vornher- ein jedem staatlichen, kantonalen oder kommunalen Bodenbesitz mit einem krankhaften Misstrauen zu begegnen. Denken wir an das eidgenössische Forstgesetz aus dem Jahre 1902: Es schützt unsere Wälder, die von grösster Bedeutung für die Volksgesundheit sind, vor Kommerzialisierung und Ausplünderung; jedermann darf sich zu seiner Erholung im Wald aufhalten, auch dann, wenn er Privatbesitz ist.

In einer Mietwohnung, die der private Vermieter zu kündigen berechtigt ist, kann sich kein wahres Lebens- und Heimatgefühl entwickeln. Die Mietwohnung erfüllt nicht das fundamentale Bedürfnis der Menschen nach einem Lebensraum und einer Privatsphäre, die ihnen Sicherheit bietet und aus denen sie niemand willkürlich vertreiben kann. Mieter sind vom Vermieter in vieler Hinsicht abhängig, deshalb unfrei. Sie haben letztlich keine sichere Wohnstätte und Lebensgrundlage. Zu diesem Zustand verurteilt das liberale Bodenrecht

zwei Drittel des Schweizervolkes.

Wesentlich anders wäre es, könnten mehr Schweizer ihr Haus auf Land im Baurechtsvertrag errichten und könnten vor allem mehr Baugenossenschaften damit rechnen, Land im Baurecht zu erhalten. Der Genosschafter einer Baugenossenschaft besitzt das Wohnrecht. Er kann in der Genossenschaft mitreden und mitbestimmen. Er ist mit verzinlichen Genossenschafts-Anteilscheinen persönlich am Genossenschaftsvermögen beteiligt. Ihm kann die Genossenschaft nur kündigen, wenn er die Statuten der Genossenschaft grob verletzt. Die Wohnbaugenossenschaft gibt der Familie einen sicheren Raum; sie bietet Schutz gegen private Willkür; sie bietet gerade das, was der Sinn einer wahren Rechtsordnung und von jedem Privateigentum ist.

Schlussfolgerungen

Die angestellten kritischen Überlegungen zum liberalen schweizerischen Bodenrecht rechtfertigen die Überzeugung von Hans Tschäni: «Ein sozial

gebundenes Recht auf privates Eigentum zu bejahen, jenes am Boden aber anzuzweifeln.» Anzustreben ist ein schrittweiser Übergang zur Bodennutzung im Baurecht und im landwirtschaftlichen Nutzungsrecht, «Rückkauf des Bodens durch die Gemeinden und seine Abgabe nach demokratischen Regeln im Baurecht. Damit fiele der arbeitslose Bodengewinn der Allgemeinheit zu, und es liesse sich eine Bodennutzung nach sozialen Grundsätzen bewerkstelligen» (S. 169 und 175).

Der Zweck des Staates, jeder Rechtsordnung und des Bodenrechts besteht nicht darin, den privaten Bodenbesitzern Vorteile zuzuschancen und die Nichtbodenbesitzer zu benachteiligen. Ihr Zweck besteht vielmehr darin, Frieden und Eintracht zu stiften, Unrecht zu verhindern, die Nutzung des Bodens allen so zu ermöglichen, dass die Familien und alle menschenwürdig wohnen und die Bauern tätig sein können, ohne dabei private Willkür und wirtschaftliche Ausbeutung erleiden zu müssen.

Hans Tschäni, Wem gehört die Schweiz, Orell Füssli Verlag, Zürich, 1986

Die SPD lehnt ein Bündnis mit den Grünen bei der Bundestagswahl ab

Noch ist der Graben zu tief

Von Horst Hartmann

Die streng geheim gehaltenen Schlachtpläne für die nächste Bundestagswahl im Januar 1987 liegen bis auf das i-Tüpfelchen vor. Aber bis dahin wird unentwegt an Angriffs- und Verteidigungsstrategien gebastelt, von denen die meisten im Papierkorb landen. Die Ausgangsposition, wie sie das Bielefelder Emnid-Institut im Sommer ermittelte, sieht für die Linke nicht rosig aus.

Danach stabilisiert sich die CDU/CSU bei 45 Prozent, die SPD bei 41, während FDP und die Grünen mit 7 bzw. 6 Prozent um den Einzug in den Bundestag bangen müssen. Addiert man die Zahlen des Bürgerblocks, ergeben sich 52 Prozent für das konservative Lager, während die Opposition von SPD und Grünen mit 47 Prozent nur den zweiten «Sieger» stellt. Doch der Abstand von

fünf Prozent wird sich in den kommenden Monaten noch verändern. Eine spätere Untersuchung der Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen ermittelte im Auftrag des ZDF folgende Werte: CDU/CSU: 44%, SPD: 43%, FDP: 5%, Grüne: 8%. Allerdings darf nicht übersehen werden, dass die beiden Konkurrenten Helmut Kohl und Johannes Rau in der Wählergunst jetzt gleichauf

liegen, nachdem «Bruder Johannes» bei früheren Umfragen deutlich vor dem wenig populären Kohl lag. Gegenwärtig erwartet eine Mehrheit einen Sieg der Konservativen. Ausserdem muss daran erinnert werden, dass noch keine Bundesregierung durch ein Wahlergebnis verdrängt worden ist.

Die Dialektik der Wahl besteht darin, dass die Union auf eine Fortsetzung der bisherigen Koalition mit den Rechtsliberalen angewiesen ist und daran interessiert sein muss, dass die FDP die Fünf-Prozent-Hürde nimmt. Die Gefahr eines Scheiterns ist nur dann mit Sicherheit auszuschliessen, wenn die Union auf dem Wege der Flüsterpropaganda ihre Anhänger in einzelnen Wahlbezirken zur Rettungsaktion mit dem Stimmzettel auffordert. Geht diese Taktik nicht auf, verliert die Union ihre Mehrheit.

Auf der anderen Seite könnte die SPD nach der Wahrscheinlichkeitsrechnung mit den Grünen die Mehrheit erzielen. Diese Möglichkeit hat die Union im Vorfeld der Wahl in der für sie typischen Manier als rot-grüne Katastrophe hingestellt, um ängstliche Wähler zu gewinnen. Die SPD hat nach reiflicher Überlegung ebenfalls erkannt, dass die Wähler der Mitte über den Ausgang der Wahl entscheiden und eine Koalition mit den Grünen deutlich und unmissverständlich ablehnen. Die SPD nimmt mit einer Distanzierung von den Grünen der Union den Wind aus den Segeln, aber wichtiger ist für sie eine klare Wahlaussage. Die Marschroute liegt fest. Johannes Rau übernimmt die Regierungsgeschäfte nur mit der Mehrheit von SPD-Stimmen.

Peter Glotz sieht zu schwere Belastungsproben

Das Verhältnis zwischen Sozialdemokraten und Grünen ist in

den vergangenen Wochen mehrfach von beiden Seiten untersucht worden. So in einem Gespräch zwischen dem Bundesgeschäftsführer Peter Glotz und Hubert Kleinert von den Grünen, in einer Kritik von Karsten Voigt an der Aussen- und Bündnispolitik der Grünen, Erläuterungen des eigenen Ökologieprogramms von Erhard Eppler sowie einem Appell Antje Vollmers von den Grünen für eine gemeinsame Politik.

Peter Glotz, Pragmatiker und Taktiker, schliesst keineswegs aus, dass die Grünen 1987 «noch einmal» in den Bundestag kommen und sich Köpfe wie Joschka Fischer, Hubert Kleinert und Otto Schily gegenüber den dogmatischen Fundamentalisten endgültig durchsetzen. 1991 könnte dann eine veränderte Situation entstanden sein. Mit dieser Erklärung lockte er seinen Gesprächspartner Hubert Kleinert aus seiner Reserve, der sofort seinen Trumpf ausspielte und erklärte, die SPD habe 1987 «überhaupt keine Chance, die absolute Mehrheit zu bekommen». An den Grünen soll es aber nicht scheitern, wenn es um «substantielle Veränderungen» in der Bundesrepublik geht.

Glotz hält aber ein Scheitern der Grünen an der Fünf-Prozent-Klausel für wahrscheinlich. Ausserdem ist er als notorischer Skeptiker davon überzeugt, dass die Rechte aus historisch bedingten Gründen über eine «strukturelle Mehrheit» verfügt, die es aus eigener Kraft zu überwinden gilt. Kleinert verteidigt seine Partei mit der Feststellung, dass ein Scheitern seiner Freunde zu einem Rechtsruck führen müsste und es zu einer erneuten rechten Verschiebung in der Sozialdemokratie sowie einem Zurückdrängen reformerischer Kräfte kommen müsse.

Peter Glotz denkt aber weiter als bis zum Wahltag: «Der nächste zyklische Abschwung kommt bestimmt. Eine Regierung müsste tiefgehende Entscheidungen treffen, vermutlich gegen starke Kräfte des Kapitals. Voraussetzung dafür ist eine Stabilität, die es in einer rot-grünen Koalition nicht geben kann, zumal es sich bei den Grünen im Gegensatz zur SPD um eine «antiproduktivistische Allianz» handelt. Und weil sich das kaum bestreiten lässt, wird sich ein Teil dieser Allianz «eher gegen die Interessen der Gewerkschaften, der Arbeitnehmer, der Kernschichten sozialdemokratischer Wähler entscheiden».

Kleinert teilt diese Ansicht nicht und verweist auf den Gesetzentwurf der Grünen zum Verbot der Aussperrung und die Ablehnung des Streikparagrafen 116. Glotz hält es für wichtiger, statt einer Bekehrung der Fundamentalisten, Teile der technischen Intelligenz und Aufsteigerschaft zu gewinnen, die von der eigenen Partei «stiefmütterlich» behandelt worden sind. Er bewertet die Streitpunkte zwischen SPD und Grünen höher als die Gemeinsamkeiten. Problematisch erscheint ihm die von den Grünen geplante Einflussnahme auf die chemische Industrie, der Austritt aus der Nato und weitere grundlegende Veränderungen.

Es geht um die technische Intelligenz

Vor allem aber will und muss Glotz der Union Stimmen abjagen: «...unsere Fähigkeiten stärker zu werden und Randwähler der Union zu gewinnen, mindert sich in dem Masse, in dem wir Kompromisse mit den Grünen machen. Und ich sage das ohne jeden moralischen Vorwurf, das ist auch ein arithmetisches Problem.» Von zehn gewinnbaren Wählern für die

SPD kommen sieben aus den Reihen der Union. Deshalb erscheint ihm eine einseitige Orientierung auf jene Kräfte, die er etwas allzu abwertend das «akademische Kleinbürgertum» nennt, als falsch.

Für zukunftssträftig hält Glotz eine europäische Industriepolitik, eine Kooperation von Staat, Wirtschaft und Gewerkschaften bei der Entwicklung neuer Technologien, ein erweitertes Mitbestimmungsrecht bei der Einführung neuer Technologien, unter Mitarbeit der Ingenieure. Dieses Ziel dürfte gegenwärtig nur von einem Teil der Grünen mitgetragen werden. Kleinert wehrt sich gegen derartige Auffassungen mit Nachdruck. Er versichert, es gehe seinen Freunden nicht um den Ausstieg aus der Industriegesellschaft oder die Beseitigung «wesentlicher Teile der industriellen Produktionsstruktur».

Einschränkungen sind nur in «umweltgefährdenden» Bereichen vorgesehen, und zwar in der chemischen Industrie, in der Atom- und Rüstungsindustrie. Die entstehenden Schadstoffe müssen für Kleinert «an den Quellen eingeschränkt werden», was ohne «Konflikte mit den Unternehmern, mit mächtigen Kapitalfraktionen» nicht möglich sein wird. Wenn die SPD - so warnt Kleinert -, wirklich Veränderungen einleiten will, darf sie nicht wie die CDU Massnahmen ankündigen, um dann in Konflikten mit «Industrieinteressen zu kniefen».

Zur Parole «Raus aus der Nato» erklärt Kleinert, es gehe um das Brechen der Block-Logik. Ein Austritt aus der Nato wäre an eine Reihe von Voraussetzungen gebunden, die aus seiner Sicht gegenwärtig nicht vorliegen. Der Abzug von Mittelstreckenraketen aus der Bundesrepublik bleibt aber nach

wie vor eine elementare Forderung der Grünen.

Das eigene politische Lager interpretiert Kleinert übrigens als «radikaldemokratische Partei». Da Peter Glotz auf den Vorschlag der SPD-Bundestagsfraktion verweist, 1,9 Milliarden DM im Bundeswehretat einzusparen, sollten die Gegensätze nicht bis zum Jüngsten Tag unüberbrückbar sein, auch wenn Karsten Voigt da anderer Meinung ist.

Wirtschaftskrise wäre Sollbruchstelle

Peter Glotz misstraut vor allem den allzu individualistischen Anschauungen der Grünen, die sich nur schwer auf einen gemeinsamen Nenner bringen lassen. Grundsatzpapiere hält er für geduldig, wenn es darum geht, «in der Hektik der konkreten Bedingungen einer arbeitenden Bundesregierung in einer Wirtschaftskrise» Entscheidungen durchzusetzen. Da Peter Glotz keiner von jenen Leisetretern ist, die aus ihren Herzen eine Mördergrube machen, erteilt er Kleinert eine Lektion in Sachen realistischer Lagebeurteilung, die zitierenswert erscheint.

Glotz ist kein Illusionist: «Der deutsche Kapitalismus lehnt sich aus dem Fenster heraus und betrachtet das Miteinander und Gegeneinander in einer rot-grünen Koalition. Und dann gibt es eine mittlere Wirtschaftskrise mit drei Millionen Arbeitslosen und dann gibt es pausenlos schwerwiegende Entscheidungen...». In einer derartigen Situation sieht er mit den widerspruchsvollen Auffassungen unter den Grünen keine Möglichkeit, den Kurs zu halten, «da eine starke Opposition von der Hetze eines wesentlichen Teils der Medien» eine Obstruktionstaktik verfolgen wird.

Ausserdem erinnert er seinen Gesprächspartner an den Gegensatz von materieller Lage und ideologischer Position. So wählen beispielsweise in Bayern noch immer 54 Prozent der Facharbeiter CSU. Kleinert gibt zu, dass Tarifkonflikte mit den Gewerkschaften aus «ökologischen Notwendigkeiten» heraus vorprogrammiert sind und ein rot-grünes Bündnis nicht tragfähig wäre, «wenn man innerhalb von einem Jahr eine Million Arbeitslose mehr hat».

Schwachpunkt Aussenpolitik

Wesentlich ablehnender als Peter Glotz beurteilt Karsten Voigt die Grünen, wobei er die Thesen der letzten Bundesdelegierten-Versammlung in Hannover unter die Lupe nimmt. Sein Urteil lautet, die Grünen sind «weder koalitionswillig noch koalitionsfähig». Das liegt in der basisdemokratischen Struktur, die im Koalitionsfall ständig einen Konflikt zwischen den Abgeordneten und der Mehrheit der Bundesdelegierten-Versammlung heraufbeschwören würde. Voigt bejaht eine Zusammenarbeit mit den Grünen lediglich in Kommunen, Kreisen und Landtagen. Langfristig erscheint ihm eine parlamentarische Kooperation auf Bundesebene unmöglich.

Ausgangspunkt war für die Grünen die Bildung einer Systemalternative zu den etablierten Parteien. Gegenwärtig entdecken sie aber immer mehr Unterschiede zwischen CDU/CSU und FDP auf der einen und der SPD auf der anderen Seite. Mit ihrer parlamentarischen Tätigkeit widersprechen die Grünen den «Illusionen ihrer Gründungsphase». Ihr Wille, mit Alternativen zur SPD aufwarten zu können, blockiert zugleich ihre Handlungsfähigkeit in einer linken Regierung. Besonders widersprüchlich er-

scheint Voigt die Aussen- und Sicherheitspolitik. Er sieht zwar gemeinsame Ziele mit der SPD, etwa die Kritik am Rüstungswettlauf, die Gefahren neuer Waffentechnologien und Militärdoktrinen. Die Warnung der Grünen vor jenen Wahnsinnigen in den USA, die einen Atomkrieg für möglich halten und nach Erstschlagfähigkeit streben, akzeptiert Voigt. Gleichzeitig bemängelt er aber die Tendenz zu apokalyptischen Stimmungen. Während die SPD die Konfrontation schrittweise überwinden will, suchen die Grünen einen Bruch, den Austritt aus der Nato. Die SPD versucht dagegen den begrenzten deutschen Einfluss innerhalb der Nato zu nutzen, während die Grünen sich auf eine einseitige Abrüstung beschränken unter Verzicht auf Verhandlungen und Verträge. Das geht soweit, dass sie nicht einmal Vereinbarungen verlangen, wenn die Staaten des Warschauer Paktes dazu bereit wären. Auf den Vorschlag einer chemiewaffenfreien Zone auf beiden Seiten haben die Grünen verzichtet. Wenn sie den Versuch der USA ablehnen, militärische Überlegenheit gegenüber der Sowjetunion zu erringen, um Eingreifoperationen in der Dritten Welt ohne Risiko durchführen zu können, lässt sich dagegen nichts einwenden.

Sowjetunion objektiv sehen

Das Verhalten der Sowjetunion ist von den Grünen «zurückhaltender» beurteilt worden, obwohl sich eine Politik der militärischen Stärke durch Moskau auch für Westeuropa zwangsläufig negativ auswirkt. Diese Problematik ist den Grünen nach Überzeugung von Karsten Voigt bislang fremd geblieben. Während die moskautreue DKP jeder Aufrüstungsmassnahme der Sowjetunion grundsätzlich zustimmt, weil das poli-

tische System angeblich einen defensiven Charakter besitzt, stehen die Grünen den politischen Verhältnissen durchaus kritisch gegenüber.

Das Verhältnis der SPD zur Sowjetunion hat Voigt deutlich formuliert; die Partei unterstellt Moskau keine Angriffsabsicht. Sie möchte aber von der Sowjetunion nicht «einseitig abhängig» werden. Es soll keine Situation entstehen, «in der die Sowjetunion einseitig die Bedingungen der gemeinsamen Sicherheit in Europa definieren kann». Wenn die Grünen schrittweise und einseitig die Bundeswehr auflösen und damit auch eine Defensivstrategie ablehnen, müssten sie das Gleiche von der DDR verlangen.

Auch die Forderung nach dem Abzug alliierter Streitkräfte geht an der Realität vorbei, weil laut Deutschlandvertrag die Siegermächte von 1945 auch ohne deutsche Mitgliedschaft in der Nato das Recht für sich in Anspruch nehmen können, eigene Truppen auf deutschem Boden zu stationieren. Hier muss Karsten Voigt aber energisch widersprochen werden, weil alle deutschen Nachkriegspolitikern – auch die regierenden Sozialdemokraten – nie gern über die beschränkte deutsche Souveränität sprachen und es versäumt haben, ständig auf einen deutschen Friedensvertrag zu pochen...

Die Grünen setzen auf eine Friedenspolitik von unten, auf den Druck von Basisbewegungen, aber sie verzichten gleichzeitig auf eine tiefeschürfende Analyse der Verhältnisse, um eine Friedenspolitik auch parlamentarisch durchzusetzen. Darin sieht Karsten Voigt einen Realitätsverlust. Vor allem müssten die Friedensbewegungen im Westen ihre Solidarität mit ähnlichen Bestrebungen in Osteuropa stärker zum Ausdruck bringen, zumal Pazifisten im Osten in die Illegalität

gedrängt werden. Voigt fordert die Grünen auf, Abrüstungsverhandlungen nicht grundsätzlich abzulehnen, einseitige Abrüstungsvorschläge aufzugeben, auf die Forderung nach einem Nato-Austritt zu verzichten sowie eine Sicherheitspolitik zu unterstützen.

Ökologie ist keine grüne Erfindung

Erhard Eppler, ökologischer Vordenker und Wegbereiter der SPD, hat in einem Interview dem häufig zu hörenden Irrtum widersprochen, die SPD habe erst lange nach den Grünen die ökologische Frage entdeckt: «Ich habe noch nie von den Grünen abgeschrieben. Aber ich habe die Grünen nie daran hindern können, aus meinen Büchern abzuschreiben.» Eppler weist darauf hin, dass die Diskussion im April 1972 auf dem Internationalen Kongress der IG Metall in Oberhausen begann. Und ohne Beschönigungsversuche erklärt Eppler, die Grünen wären nie über fünf Prozent gekommen ohne die Regierung Schmidt.

In der grünen Bewegung sieht Eppler eine von vielen Ausdrucksformen eines «epochalen Bewusstseinswandels», der wahrscheinlich drei Viertel der Bevölkerung umfasst. Er ist fest davon überzeugt, dass die grosse Mehrheit ein «gewandeltes Verhältnis zur Technik, zu Grossorganisationen, zur Bürokratie und zu Fragen der Rüstung» besitzt. Einen neuen Konflikt zwischen Partei und Gewerkschaften – wie Meinungsverschiedenheiten über den Ausstieg aus der Kernenergie –, sollte man nicht überbewerten. Es existiert ein Ausstiegsbeschluss des DGB, über den selbstverständlich noch diskutiert werden muss.

Vom Staat wird die Kraft verlangt, der Wirtschaft Rahmenbedingungen zu setzen, etwa im

Bereich Verpackung, Chemie, Energie oder Landwirtschaft. Angesichts wachsender Allergien darf dem Staat nicht länger die Beweislast über die Schädlichkeit von Produkten zufallen. Der Produzent muss die Unschädlichkeit seines Artikels beweisen. Wenn der Bundesrepublik eine ökologische Erneuerung der Wirtschaft gelingt, dann wird davon eine beispielhafte Wirkung ausgehen. Dabei denkt Eppler auch an den Übergang in eine Energieversorgung ohne Atomstrom.

Liebeswerben der Grünen

Eine realistischere Auffassung über politische Probleme scheint sich bei den Grünen langsam aber sicher anzubahnen. Antje Vollmer, Spitzenkandidatin in Nordrhein-Westfalen, hält ein Bündnis für möglich, wenn beide Seiten ihre «Lagermentalität» aufgeben und «offene Feldschlachten» vermeiden. Zu den Fragen, die offen ausdiskutiert werden müssen, zählen ihrer Meinung nach vor allem Fragen der Innenpolitik: «Auf den Tisch muss der Deutsche Herbst und Stammheim und die Notstandsgesetze. Und unsere tiefliegende Angst, dass sich die SPD in kritischen gesellschaftlichen Situationen immer als Ordnungsmacht profiliert hat. Auf den Tisch müssen die Berufsverbote und die Unterwerfungsrituale unter die freiheitlich-demokratische Grundordnung, die einen grossen Teil der 68er als Zyniker ins Privatleben kapultiert haben.» Antje Vollmer empfiehlt ihren Freunden, «sich auf Rechnungen der SPD vorzubereiten, die angebliche «Wut» über unser Jakobiner-tum, unseren Moralismus, unseren Zynismus, unsere Verachtung des öffentlichen Lebens und der politischen Realitäten.»

Sie erinnert daran, dass die praktizierte Basisdemokratie gelegentlich den «Charakter von Sandkastenspielen» angenommen habe und «chaotische und angstmachende Verhältnisse» zum Inhalt gehabt habe. Ausserdem könne die SPD erwarten, dass wir es versäumt haben, «Wesentliches zum Projekt des Sozialismus» beigetragen zu haben. Antje Vollmer sieht dem Wahlkampf mit Sorge entgegen. Sie befürchtet einen «Bürgerkrieg», in dem die Grünen zermalmt werden sollen. Offenbar denkt sie an frühere Situationen, in denen die FDP als überflüssig empfunden wurde.

Ziel der Grünen müsse es sein, gegnerische Strategien zu stören. In Theorie und Praxis ist es ihre Aufgabe, sich mit den konservativen und christlichen Werten zu messen und den Wettbewerb um das Vertrauen von Frauen, Kirchen und Bauern nicht zu scheuen. Die angebliche «Wahnsinnsidee» der SPD, eine absolute Mehrheit erringen zu können, verdient für Antje Vollmer nur Spott. Dieses Ziel zeigt ihrer Meinung nach nur die Bündnisunfähigkeit und müsse alle Sozialdemokraten alarmieren, die «wirklich kurz- oder langfristig ein Bündnis mit den neuen sozialen Bewegungen wollen». An der Unerfahrenheit und den Fehlern solle ein Bündnis nicht scheitern.

Karten neu mischen

Nun zählt Antje Vollmer neben Otto Schily und Joschka Fischer zu jenen bereits profilierten Grünen, die auch in der SPD für alle Aufgaben geeignet wären. Die Frage bleibt, ob und inwieweit sie mit der Mehrheit der Grünen gleichzusetzen sind, die wankelmütig erscheint. Erinnert sei nur an die vielen Friedensfreunde, die vorzeitig ihre Flinten ins Korn warfen.

Dauerpessimismus zahlt sich überdies in der Politik nicht aus. Das Unglück von Tschernobyl hat den Grünen keine neuen Freunde beschert, obwohl dies nur logisch gewesen wäre. Auch Cassandra war eine ungeliebte Person, obwohl sie die Wahrheit verkündete. Die Grünen können weder mit Leihstimmen noch mit Industriegeldern rechnen, wohl aber mit verleumderischen Tatarennachrichten. Die Rechte – nicht die SPD – will ein Waterloo der Grünen, um der SPD die Chancen einer von den Grünen geduldeten Minderheitsregierung zu nehmen. Ein Verschwinden der Grünen bedeutet aber keinen automatischen Stimmenzuwachs für die SPD. Viele grüne Aktivisten werden sich neue Aufgaben im ausserparlamentarischen Raum suchen oder resignieren.

Das Dilemma der SPD liegt darin, dass sie 1987 ein kaum erreichbares Ziel anvisiert, nämlich die absolute Mehrheit. Über diesen Termin hinaus muss sich die Partei darüber Gewissheit verschaffen, ob es sich bei den Grünen nicht doch um eine Partei links von der imaginär anmutenden apolitischen Mitte handelt, die eine ähnliche Rolle spielen kann, wie die FDP auf der rechten Seite. Eine kleine linke Partei könnte verhindern, dass die Sozialdemokraten bei ihrer Suche nach der heilbringenden Mitte nicht ins Unverbindliche abdriften.

Kommt es 1987 zu einem Kopfan-Kopf-Rennen, verliert der Bürgerblock die absolute Mehrheit, könnte eine Pattsituation entstehen. Dann müssten die Karten bei nächster Gelegenheit gemischt werden und Neuwahlen wären keine Unmöglichkeit. Das wäre theoretisch eine Chance für die SPD, ohne Umweg über eine grosse Koalition,

die Regierungsgeschäfte zu übernehmen, wenn, ja wenn die Grünen die nötige Geschlossenheit aufbringen...

Blick in die Zeitschriften

Widerspruch Nr. 11

Tschernobyl hat erneut die Krise der herrschenden Grundlagen in Ökonomie und Politik ins öffentliche Bewusstsein gehoben. In diesem Zusammenhang thematisiert Heft 11 der Zeitschrift *Widerspruch* einige Probleme und Chancen einer alternativen Wirtschaftspolitik – zwischen Ökonomie und Ökologie. Wissenschaftlerinnen, Wissenschaftler und Gewerkschafter diskutieren Fragen der ökologischen Sicherung einer zukünftigen Wirtschaftspolitik sowie die «Remoralisierung» der Lebensprinzipien und Arbeitsformen, die gegenwärtig bedroht und zerstört werden. Stichworte sind: Internationale Verschuldungskrise, Ende des Fordismus und des Keynesianismus als dominierende Produktionsweisen der Zwischen- und Nachkriegszeit, Entwicklung neuer Formen der Arbeitsorganisation, Kontroversen um die gewerkschaftliche Arbeitszeitpolitik, Alternativökonomie und Feminismus sowie Ökosozialismus und Selbstverwaltung. Die Beiträge im Diskussionsteil setzen sich mit dem Geschichtsboom und der Oral History sowie mit dem Rechtsstaat als Tabu der Linken auseinander. Das 148 Seiten umfassende Heft enthält überdies ein Dossier über die Desinformationspolitik in der bürgerlichen Presse zu Nicaragua, ferner Rezensionen und eine Zeitschriftenschau.

In einem ausführlichen Interview erläutert *Folker Fröbel* die US-amerikanische Verschuldungspolitik, Ausbeutungs- und Armutsstrategien, die sich aus der technologischen Modernisierung des kapitalistischen Produktionsapparates und Akkumulationsmodells ergeben. Als Ergänzung dazu liest sich der fundierte Vorschlag von *Fidel Castro* zur Lösung der Verschuldungskrise, der in Anbetracht der neusten Entwicklungen in Peru von brisanter Aktualität ist.

Ein nachgelassener Text des 1983 verstorbenen Philosophen und Soziologen *Ruedi Lüscher* skizziert den sogenannten fordistischen Reproduktionsmodus, also die Entwicklung der Massenproduktion und den Einsatz des Lohnes bzw. der Kaufkraft als zentrales Steuerungselement des Wirtschaftsprozesses, und diskutiert auch die Auswirkungen dieser kapitalistischen Strategie auf das Subjekt. *Christoph Müller* rekonstruiert das Scheitern des Keynesianismus, der staatlichen Wohlfahrtspolitik als ideologischem Modell vor allem sozialdemokratischer Politiken in der Nachkriegszeit.

Hans Schäppi, *Walter Schöni* und *Jakob Tanner* diskutieren im Anschluss an Kern/Schumann (Das Ende der Arbeitsteilung?) neue Entwicklungen der Arbeitsorganisation, insbesondere die Frage, inwieweit Automatisierung zur Aufhebung vorhandener Arbeitsteilungen führen kann. Sie beziehen sich dabei auf aktuelle Entwicklungen in der schweizerischen chemischen Industrie. *Hans Baumann* und *Andi Rieger* setzen sich mit der gegenwärtigen Arbeitszeitpolitik der Gewerkschaften auseinander. Während Baumann ein modifiziertes Konzept einer Vollbeschäftigung durch generelle Arbeitszeitverkürzung vorlegt, wendet sich Rieger gegen Tendenzen in den Gewerkschaft-

ten, die die Flexibilisierung der Arbeitszeit fördern wollen.

Ursula Streckeisen stellt feministische Auseinandersetzungen mit Konzepten einer alternativen Wirtschaftspolitik vor. Sie warnt sowohl vor der Übernahme der Dualisierungsthese wie der Gleichsetzung aller Arbeitsformen mit der Hausfrauenarbeit und plädiert dagegen für eine Theorie und Politik, welche das feministische Dilemma zwischen informeller Ausgrenzung der Frauen und Eingliederung in den herrschenden Arbeitsmarkt auf sich nimmt. Zusätzlich aufgenommen wurden die 5 Grundfragen zu einem sozialdemokratischen Entwurf für eine moderne Wirtschaft Schweiz von *Rudolf H. Strahm*. *Carlo Jaeger-Weise* skizziert eine ökosozialistische Position im Rahmen einer programmatischen Neuorientierung in Ökonomie und Sozialwissenschaft; *Armin Baumann* zieht eine Bilanz über die alternativen Betriebe der Selbstverwaltungsszene der Schweiz und stellt einige Thesen zur Debatte.

Im Diskussionsteil interveniert *Ludi Lodovico* mit grundsätzlichen Argumenten in die gegenwärtigen Kontroversen zum Geschichtsboom und kritisiert die auf der linken Seite grassierende Oral History. *Ralf Binswanger* repliziert auf die Kritik von Urs Hänsenberger, «Linke gegenhegemoniale Politik und Radikaldemokratie». Er gibt die Folgen zu bedenken, die sich für linke Politik aus der Faszination am Staat und an einer bestimmten Rechtsstaatlichkeit ergeben.

Im Dossier sind einige Materialien zur aktuellen ideenpolitischen und begriffstrategischen Argumentation zusammengestellt, die in der bürgerlich-liberalen Presse die konterrevolutionäre Desinformationspolitik zu Nicaragua hierzulande prägen. Die Nummer II des *Widerspruch* enthält zudem Rezensionen, ferner die Zeitschriften-